



Migrationsamt: **Kanton Bern** schreitet nicht ein – vorerst

Nicolas Geissbühler

1400 nicht behandelte Dossiers, monatelange Wartezeiten für Betroffene und dann – als vorläufiger Tiefpunkt – noch ein Bestechungsskandal. Die Einwohner- und Spezialdienste der Stadt Biel standen im letzten Jahr einige Male in der Kritik.

Die verantwortliche Gemeinderätin, Natasha Pittet (PRR), versprach eine Umstrukturierung. Das **Regierungsstatthalteramt** des **Kantons** gab damals bekannt, da die Stadt selbst handle, sähe es keinen Bedarf, auch noch einzugreifen.

Das war für einige Bieler **Grossrätinnen** und -räte nicht genug. In einem parlamentarischen Vorstoss forderten Anna Tanner, Karim Saïd, Samantha Dunning

(alle SP) und Nora Soder (Grüne) den **Regierungsrat** auf, genauer hinzuschauen und gegebenenfalls einzugreifen.

Nun hat der **Regierungsrat** sein Nicht-Eingreifen begründet. Er erklärt, dass die Probleme organisatorischer und personeller Natur seien. Der **Kanton** würde nur bei fachlichen Problemen einschreiten. Zudem seien bereits zwei Schulungen für Mitarbeitende der Direktion Soziales und Sicherheit, zu dem auch das Migrationsamt gehört, durchgeführt worden. Allerdings sagt der **Regierungsrat** auch: Sollten die Massnahmen nichts nützen, wolle er «die Einleitung einer aufsichtsrechtlichen Untersuchung prüfen». Der Stadt Biel bleibt also eine Gnadenfrist – und zwar bis Ende Jahr.